



Botschaft der Regierung an den Grossen Rat

Heft Nr. 15/2005–2006

	Inhalt	Seite
21.	Erlass eines Anwaltsgesetzes	1309

Inhaltsverzeichnis

20.	Erlass eines Anwaltsgesetzes	
I.	Ausgangslage	1309
II.	Werdegang der Vorlage	1310
III.	Vernehmlassungsverfahren	1311
	1. Allgemeine Bemerkungen	1311
	2. Schwerpunkt Gegenstand und Geltungsbereich (Art. 1 und Kapitel V. VE)	1311
	3. Schwerpunkt Anwaltsmonopol (Art. 3 VE)	1312
	4. Diverse Vorbringen.....	1313
IV.	Revision BGFA	1315
V.	Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen	1315
	1. Gegenstand und Geltungsbereich.....	1315
	2. Aufsicht	1316
	3. Das Anwaltspatent	1317
	4. Kantonales Anwaltsregister	1318
	5. Berufsregeln und Disziplinaraufsicht	1319
	6. Honorar.....	1320
	7. Anwältinnen und Anwälte aus den Mitgliedstaaten der EU und EFTA.....	1320
	8. Gebühren	1320
	9. Schlussbestimmungen	1321
VI.	Personelle und finanzielle Auswirkungen	1321
VII.	Berücksichtigung der Grundsätze «VFRR»	1321
VIII.	Antrag	1322

Botschaft der Regierung an den Grossen Rat

21.

Erlass eines Anwaltsgesetzes

Chur, 25. Oktober 2005

Sehr geehrter Herr Landespräsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir unterbreiten Ihnen nachstehend die Botschaft zum Erlass eines kantonalen Anwaltsgesetzes.

I. Ausgangslage

Am 1. Juni 2002 trat das Bundesgesetz über die Freizügigkeit der Anwältinnen und Anwälte (BGFA; SR 935.61) in Kraft. Der Erlass regelt einerseits die Freizügigkeit der Anwältinnen und Anwälte; andererseits enthält er Grundsätze für die Ausübung des Anwaltsberufs in der Schweiz. Die Regierung nimmt auf Anregung des Bündnerischen Anwaltsverbandes (BAV) die Bundesgesetzgebung zum Anlass, auch auf kantonaler Ebene die Anwaltsgesetzgebung zu überprüfen, dem übergeordneten Recht anzupassen und in einen stufenkonformen Erlass zu kleiden.

Nach geltendem kantonalem Recht bedarf gemäss Art. 36 Abs. 1 des Gerichtsverfassungsgesetzes (GVG; BR 310.000) eines Fähigkeitsausweises für Rechtsanwältinnen, wer sich berufsmässig als Rechtsvertreterin oder Rechtsvertreter vor Gericht betätigt. Ein Anwaltsmonopol besteht im Zivilprozess, mit Ausnahme der Verfahren vor dem Einzelrichter (Art. 23 der Zivilprozessordnung; ZPO; 320.000), im Strafuntersuchungsverfahren (Art. 76a Abs. 3 der Strafprozessordnung; StPO; BR 350.000), im Rahmen der amtlichen Verteidigung (Art. 102 Abs. 2 StPO) und im verwaltungsgerichtlichen Verfahren, mit Ausnahme der Steuer- und Sozialversicherungsstreitigkeiten (Art. 22 des Verwaltungsgerichtsgesetzes; VVG; BR 370.100). Im Gerichtsverfassungsge-

setz befinden sich weitere Bestimmungen zu den Themen Fähigkeitsausweis (Art. 36), Aufsichtskommission (Art. 37), Standespflichten (Art. 38), Disziplinarmassnahmen (Art. 39), unbefugte Führung des Titels (Art. 40). Die gestützt auf Art. 41 GVG erlassene grossrätliche Verordnung über den Fähigkeitsausweis und die Berufsausübung der Rechtsanwälte (BR 310.100) enthält des Weiteren Bestimmungen über die Prüfung, das Aufsichts- und Disziplinarwesen sowie Entschädigungen und Gebühren.

II. Werdegang der Vorlage

Bereits vor In-Kraft-Treten der eidgenössischen Anwaltsgesetzgebung wurde im Rahmen eines Schriftenwechsels zwischen dem Justiz-, Polizei- und Sanitätsdepartement und der Aufsichtskommission über Rechtsanwälte festgehalten, dass die geplanten neuen eidgenössischen Bestimmungen für den Kanton Graubünden keinen dringenden gesetzgeberischen Handlungsbedarf hervorrufen. Die materiellen Bereiche wie etwa der Inhalt der Freizügigkeit, die Voraussetzungen für die Eintragung ins Anwaltsregister, die Berufsregeln, die Disziplinaraufsicht und der Einbezug der Anwältinnen und Anwälte aus Mitgliedstaaten der EU würden im eidgenössischen Anwaltsgesetz abschliessend geregelt. Die mit dem BGFA im Widerspruch stehenden kantonalen Bestimmungen seien aufgrund der derogatorischen Kraft des Bundesrechts fortan nicht mehr anwendbar und schliesslich besitze der Kanton Graubünden mit der Aufsichtskommission bereits eine Behörde, welche die vom Bundesgesetzgeber zugewiesenen Aufgaben übernehmen könne (Aufbau und Führen des Registers, Aufsicht).

Ende Juli 2003 trat der Bündnerische Anwaltsverband an das Justiz-, Polizei- und Sanitätsdepartement und unterbreitete ihm einen Vorentwurf für ein Bündnerisches Anwaltsgesetz. Im September 2003 fand eine Vorbesprechung zwischen Vertretern des Departementes und dem Präsidenten des Anwaltsverbandes statt. In der Folge wurde der Vorentwurf sowohl vom Anwaltsverband als auch im Anschluss daran im Departement überarbeitet. Ziel war es, die Mängel der heutigen Regelung zu beseitigen; d.h. die Verzettlung der Bestimmungen in einzelnen Erlassen zu bündeln, die durch Bundesrecht derogierten Bestimmungen aufzuheben und wo nötig die Anpassungen an das Bundesrecht vorzunehmen.

III. Vernehmlassungsverfahren

1. Allgemeine Bemerkungen

Die Regierung hat am 2. November 2004 vom Entwurf für ein Anwalts-gesetz Kenntnis genommen und den Entwurf für die Vernehmlassung frei-gegeben. Zur Vernehmlassung eingeladen wurden die Kantonalparteien, das Kantonsgericht, das Verwaltungsgericht, alle Kreispräsidentinnen und Kreispräsidenten, alle Bezirksgerichtspräsidenten, die Aufsichtskommission über die Rechtsanwälte, der Bündnerische Anwaltsverband, die Staatsanwalt-schaft, die Standeskanzlei, alle Departemente, die Stabsstelle für Gleichstel-lungsfragen, das Amt für Zivilrecht (heute Amt für Polizeiwesen und Zivil-recht) sowie die Graubündner Kantonalbank. Das Vernehmlassungsverfahren dauerte bis zum 31. Januar 2005. Insgesamt sind 18 Vernehmlassungen eingegangen.

Der Entwurf des Anwaltsgesetzes, insbesondere die Vereinigung ver-schiedener verstreuter Bestimmungen in einem Erlass, fand grundsätzlich Zustimmung.

2. Schwerpunkt Gegenstand und Geltungsbereich (Art. 1 und Kapitel V. VE)

Die Frage, ob nur die forensisch tätigen, im Anwaltsregister eingetragenen Anwältinnen und Anwälte oder aber auch die nur beratend tätigen, nicht im Anwaltsregister eingetragenen Anwältinnen und Anwälte, den Berufsregeln und der Aufsicht gemäss BGFA unterstellt werden sollen, wurde kontrovers diskutiert. Die Mehrheit der Stellungnahmen möchte den Geltungsbereich auf alle Anwältinnen und Anwälte ausdehnen.

Für die Zweiteilung der Anwaltschaft – und damit den Vernehmlassungs-Vorschlag der Regierung – spricht die Tatsache, dass das BGFA einzig Re-geln für Personen aufstellt, welche über ein Anwaltspatent verfügen und in der Schweiz im Rahmen des Anwaltsmonopols Parteien vor Gerichtsbehör-den vertreten. Die Frage, ob es sich dabei um ein qualifiziertes Schweigen des Bundesgesetzgebers handelt, respektive die Kantone die beratend täti-gen Anwältinnen und Anwälte gar nicht den Berufsregeln und der Aufsicht unterstellen dürfen, ist nach wie vor unklar und wird dereinst von der Recht-sprechung zu beantworten sein.

Gegen eine Zweiteilung sprechen die in den Vernehmlassungen vorge-brachten Aspekte des Schutzbedürfnisses der Rechtssuchenden sowie des verfassungsmässigen Gebotes der Gleichbehandlung forensisch und berat-end tätiger Anwältinnen und Anwälte. Ohne eine entsprechende Ausdeh-

nung resultieren zwei Kategorien von Anwältinnen und Anwälte, welche alle die gleiche Berufsbezeichnung führen, aber nicht alle einer staatlichen Aufsicht unterstehen. Der Anwaltsverband bringt überdies vor, dass auch nach geltendem Recht alle Anwältinnen und Anwälte der Disziplinaraufsicht unterstünden, da die Unterstellung an den Besitz des Fähigkeitsausweises geknüpft sei.

Bei den Kantonen, die bereits legiferiert haben, ist keine einheitliche Vorgehensweise erkennbar. Es hat sich eine eigentliche Zweiteilung ergeben. Dreizehn Kantone haben nur die forensisch tätigen Anwältinnen und Anwälte unter Aufsicht gestellt, mindestens schon zehn hingegen auch die Berateranwältinnen und -anwälte oder generell die Trägerinnen und Träger des Anwaltspatentes.

Das klare Ergebnis des Vernehmlassungsverfahrens veranlasst die Regierung, die Ausdehnung auf die beratend tätigen Anwältinnen und Anwälte in das Gesetz aufzunehmen (Art. 1 und 13). Insbesondere die Interessen des optimalen Publikumsschutzes werden dabei höher gewertet als das Bedürfnis, nicht mehr zu regeln, als das BGFA vorsieht und die im Moment in der Rechtsprechung noch offene Frage nach einem möglichen qualifizierten Schweigen des Bundesgesetzgebers abzuwarten. Überdies hat ein Vergleich mit den Kantonen der Nord-Ostschweiz gezeigt, dass der überwiegende Teil die Unterstellung der beratend tätigen Anwaltschaft vorgenommen hat (SG, TG, GL, ZH, LU). Auch vor diesem Hintergrund erscheint eine Ausdehnung sachgerecht. Damit kann verhindert werden, dass beispielsweise mit einem Berufsverbot belegte Anwältinnen und Anwälte aus umliegenden Kantonen im Kanton Graubünden beratend tätig sind, da sie hier nicht der Aufsicht unterstellt wären.

3. Schwerpunkt Anwaltsmonopol (Art. 3 VE)

Der Vernehmlassungs-Vorschlag der Regierung hielt im Monopolbereich vollumfänglich am geltenden Recht fest. Sollte sich in einzelnen Verfahren – beispielsweise in Scheidungsverfahren mit Konvention – ein begründetes Bedürfnis für eine Ausdehnung des Monopolbereichs ergeben, könnte diese mittels Spezialgesetzgebung eingeführt werden.

Demgegenüber verlangen sämtliche sich zu diesem Thema äussernden Vernehmlasser (BAV, CVP, SP, SVP) auch für die Vertretung vor der Einzelrichterin oder dem Einzelrichter, mit Ausnahme der Schuldbetreibungs- und Konkursachen, das Anwaltsmonopol. Dies wird damit begründet, dass es sich insbesondere bei der Scheidung mit Konvention um ein Verfahren handle, welches mit erheblichen Auswirkungen verbunden sei. Aufgrund der erst seit kurzem in Kraft stehenden kantonalen Normen im Zusammenhang

mit dem neuen Ehescheidungsrecht sei es überdies eher unwahrscheinlich, dass die Spezialgesetzgebung eine Regelung aufstelle. Nicht zuletzt widerspreche der Verweis auf die Spezialgesetzgebung dem Anliegen des Entwurfs, die verstreuten Regelungen in einem Erlass zu bündeln. Darüber hinaus würden heute ganz generell von Einzelrichterinnen und Einzelrichter Fälle beurteilt, die in rechtlicher Hinsicht an Schwierigkeit und Komplexität Fällen vor Bezirksgerichtsausschüssen und Bezirksgerichten in nichts nachstehen.

Aufgrund dieses einhelligen Vernehmlassungsergebnisses und der vorgebrachten Begründungen kann sich die Regierung der Ausdehnung des Anwaltsmonopols auf das Verfahren vor Einzelrichterinnen und Einzelrichter, mit Ausnahme der SchKG-Angelegenheiten, anschliessen. Die Auswirkungen der Ausdehnung des Anwaltsmonopols für den Einzelnen dürften nicht allzu gravierend sein, da nach wie vor jede handlungsfähige Person berechtigt ist, ihre Rechtsstreitigkeit selbst zu führen (Art. 2) oder sich durch eine im Einzelfall ermächtigte Person vertreten zu lassen kann (Art. 4).

4. Diverse Vorbringen

a) Art. 7 Abs. 2 VE, Verfahren, Rechtsmittel

Als zu wenig klar wurde die Formulierung des Vernehmlassungs-Vorschlags von Art. 7 Abs. 2 empfunden (BAV, SP, Verwaltungsgericht, EKUD, FMD). Aufgrund der identischen Rechtsmittelmöglichkeiten gegen Prüfungsentscheide im Anwalts- und im Notariatswesen wurde im Vernehmlassungsvorschlag die gleiche Formulierung wie im kurz zuvor erlassenen Notariatsgesetz (BR 210.300; Art. 9 Abs. 2) gewählt. Um die offenbar vorhandenen Unklarheiten zu beseitigen, ist die Bestimmung überarbeitet und der Vorschlag des Verwaltungsgerichtes übernommen worden.

b) Art. 8 VE, Praktikumsbewilligung

In einigen Vernehmlassungen wurde die Dauer der Praktikumsbewilligung (drei Jahre) als zu lange empfunden (SVP, Kreisamt Domleschg). Andererseits wird angeregt, auch die Möglichkeiten des Entzuges der Bewilligung in begründeten Fällen zu regeln (FMD). Überdies drängt sich eine Präzisierung in der Richtung auf, dass Voraussetzung für die Erteilung der Praktikumsbewilligung, (mit der Möglichkeit, vor Gericht aufzutreten) auch die Tatsache sein muss, dass die Rechtspraktikantin oder der Rechtspraktikant unter Aufsicht einer Anwältin oder eines Anwaltes steht, welche respektive welcher im Anwaltsregister eingetragen ist. All diese Überlegungen haben zu einer Überarbeitung von Art. 8 geführt.

c) Art. 10 lit. c VE, Voraussetzungen

Um möglichst alle und auch allenfalls zukünftige Anbieter von Praktikumsstellen zu erfassen, wurde die Formulierung des Gesetzestextes im Vergleich zum Vernehmlassungs-Vorschlag vereinfacht, doch gleichzeitig umfassender gestaltet.

d) Art. 13 VE, Disziplinar massnahmen, Art. 14 Abs. 4 VE, Disziplinarverfahren

Eine nochmalige Prüfung von Art. 13 VE hat gezeigt, dass damit einzig ein Verweis auf das ohnehin anwendbare BGFA gemacht wird, weshalb der Artikel ohne weiteres gestrichen werden kann. Auch Art. 14 Abs. 4 kann ersatzlos gestrichen werden, da er sich mit Art. 17 Abs. 3 BGFA deckt.

e) Art. 17 VE, Ständige Berufsausübung mit Eintragung in das kantonale Anwaltsregister

Der BAV verlangt explizit, dass die in seinem ursprünglichen Vorentwurf im Zusammenhang mit den Anwältinnen und Anwälten aus den Mitgliedstaaten der EU und EFTA enthaltenen zwei Artikel wieder aufgenommen werden sollen. Die beiden Artikel würden einer klaren Handhabung dienen, indem insbesondere die «Kann-Vorschrift» in Art. 22 BGFA konkretisiert wurde. Weitere Begründungen werden keine vorgebracht.

Sowohl Art. 22 wie auch Art. 23 BGFA sind nach Ansicht der Regierung selbsterklärend. Es kann durchaus der Praxis überlassen bleiben, innerhalb dieser beiden Bestimmungen den Ablauf zwischen den Gerichtsbehörden und den dienstleistungserbringenden Anwältinnen und Anwälten zu regeln.

Ebenfalls keinen Präzisierungsbedarf im vom BAV vorgeschlagenen Sinn kann die Regierung im Zusammenhang mit den Bestimmungen von Art. 28 BGFA erkennen.

f) Art. 18 VE, Gebühren

Von einem Vernehmlasser wurde der Maximalbetrag der Gebühren als exorbitant hoch empfunden. Nach einer nochmaligen Prüfung ist die Regierung zur Ansicht gelangt, dass im Regelfall (Gebühren für die Prüfung, die Ausfertigung des Anwaltspatents, die Eintragung und Löschung im Anwaltsregister und in der Liste der Angehörigen der Mitgliedstaaten der EU und EFTA und für einen Praktikumsausweis) ein tieferer Gebührenrahmen durchaus ausreichend ist. Allerdings soll für aufwändige Verfahren, beispielsweise für Disziplinarverfahren, der Gebührenrahmen erhöht werden können.

IV. Revision BGFA

Nach Abschluss des kantonsinternen Vernehmlassungsverfahrens fand auf Bundesebene das Vernehmlassungsverfahren zur Anpassung des Anwaltsgesetzes an das Bologna-Modell statt. Das Bologna-Modell leitet mit der Vergabe von Bachelors und Masters an Stelle von Lizenziaten eine neue Struktur und eine internationale Vergleichbarkeit der Hochschulausbildung und -diplome ein. Bislang haben 40 europäische Staaten, darunter auch die Schweiz, die Deklaration unterzeichnet. Sie verpflichten sich damit, die Lehrgänge ihrer Hochschulen bis 2010 anzupassen. Das BGFA, das die Voraussetzungen für den Eintrag in die kantonalen Anwaltsregister regelt, muss entsprechend angepasst werden. Die Voraussetzungen für den Eintrag sollen neu dann gegeben sein, wenn ein juristisches Studium mit einem Master (oder wie bisher mit einem Lizenziat) einer schweizerischen Hochschule abgeschlossen wurde. Die Kantone müssen allerdings die Inhaber eines Bachelors zum Anwaltspraktikum zulassen. Gleichzeitig sind zwei weitere kleine Revisionen vorgeschlagen: Die Berufshaftpflichtversicherung wird eine Voraussetzung für den Registereintrag bilden und ist nicht wie bis anhin eine Berufsregel. Zudem müssen die kantonalen und die eidgenössischen Gerichts- und Verwaltungsbehörden zukünftig der Aufsichtsbehörde das Fehlen persönlichen Voraussetzungen für die Berufsausübung melden.

Die Revisionsvorschläge des Bundes führen zu keinen Änderungen im Entwurf des kantonalen Anwaltsgesetzes.

V. Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen

1. Gegenstand und Geltungsbereich

Art. 1 Gegenstand

Sämtliche Bestimmungen zur Vertretung von Parteien vor Gericht und den Strafuntersuchungsbehörden und zum kantonalen Anwaltsrecht werden in einem Gesetz zusammengefasst. Bisher sind die Bestimmungen in verschiedenen Erlassen verstreut (GVG, ZPO, StPO, VGG, Anwaltsverordnung). Es wird überdies ausdrücklich festgehalten, dass die Aufsicht über die Tätigkeit der Anwältinnen und Anwälte unabhängig von deren Eintragung im Anwaltsregister besteht.

Art. 2 Grundsatz

Dieser Grundsatz besteht bereits nach geltendem Recht. Bezüglich der abweichenden Regelungen ist an die obligatorische amtliche Verteidigung zu denken (Art. 102 Abs. 1 StPO).

Art. 3 Vertretung im Allgemeinen, Anwaltsmonopol

Die Bestimmung regelt, dass der Auftritt vor Schranken des Gerichtes, vor der Kreispräsidentin als Vermittlerin oder dem Kreispräsidenten als Vermittler und in einem Strafuntersuchungsverfahren den Eintrag im Bündnerischen Anwaltsregister oder die interkantonale oder internationale Freizügigkeit nach BGFA bedingt. Mit anderen Worten wird diese Möglichkeit dem nicht im Register eingetragenen Bündner Anwalt respektive der nicht eingetragenen Bündner Anwältin verwehrt. Sie können nur über die Ausnahmeregelung (Art. 4) als Vertreterin respektive Vertreter agieren.

Der Monopolbereich entspricht weitgehend geltendem Recht (Art. 23 Abs. 2 ZPO; Art. 22 Abs. 2 VGG i.V.m. Art. 15 der Verordnung über Organisation, Geschäftsführung und Gebühren des Verwaltungsgerichts; BR 170.300). Eine Ausdehnung wird einzig für die Vertretung vor der Einzelrichterin oder dem Einzelrichter, mit Ausnahme der Schuldbetreibungs- und Konkursachen, vorgenommen. Dadurch kann insbesondere sichergestellt werden, dass die Parteien in Scheidungsverfahren mit Konvention – welche mit erheblichen Auswirkungen verbunden sind – rechtskundig vertreten sind.

Die Vorlage verzichtet darauf, das Anwaltsmonopol auch im Verwaltungsverfahren einzuführen. Es gehört zur Rechtswirklichkeit, dass beispielsweise Baufachleute in Baubewilligungsverfahren tätig sind, Treuhänder um Arbeitsbewilligungen nachsuchen etc.

Art. 4 Ausnahmen

Die Vertretung durch eine nicht die Anforderungen von Art. 3 erfüllende Person kann im Einzelfall vom verfahrensleitenden Organ der Rechtspflege bewilligt werden. Die Einzelfallbewilligung schliesst ein berufsmässiges Auftreten aus.

2. Aufsicht

Art. 5 Aufsichtskommission

1. Wahl, Zusammensetzung, Entschädigung

Die Bestimmung zu Wahl und Konstituierung entspricht geltendem Recht. Neu ist vorgesehen, dass in der Regel zwei Mitglieder der Aufsichtskommission im kantonalen Anwaltsregister eingetragen sein müssen. Bisher musste mindestens ein Mitglied praktizierend tätig sein. Die von der Regierung festzulegenden Arbeitsentschädigungen und Spesenvergütungen der Aufsichtskommission (Abs. 5) sollen sich nach den Ansätzen der nebenamtlichen Richter des Kantons- und Verwaltungsgerichts richten.

Art. 6 2. Aufgaben

In dieser Bestimmung werden bisherige und aufgrund des BGFA entstandene Befugnisse der Aufsichtskommission exemplarisch aufgezählt. Die Aufzählung ist nicht abschliessend; es handelt sich dabei aber um die Hauptaufgaben.

Art. 7 Verfahren, Rechtsmittel

Für das Verfahren vor der Aufsichtskommission gilt – vorbehältlich abweichender Bestimmungen in diesem Gesetz – das Gesetz über das Verfahren in Verwaltungs- und Verfassungssachen (BR 370.500). Entscheide der Kommission können mit Rekurs an das Verwaltungsgericht weitergezogen werden. Eine Ausnahme bilden die Prüfungen, soweit nicht formelle Mängel gerügt werden. Darunter fallen etwa Rügen wegen Verletzung des rechtlichen Gehörs oder wegen Verstössen gegen die Verfahrensvorschriften. Demgegenüber kann die Frage der Bewertung einer Prüfungsarbeit nicht mit Rekurs angefochten werden (vgl. Entscheid des Verwaltungsgerichtes des Kantons Graubünden vom 7. Dezember 1999; U 99 103). Damit kann die Unsicherheit beseitigt werden, wann ein Weiterzug an ein Gericht gestützt auf Art. 6 Ziffer 1 EMRK (SR 0.101) möglich ist.

3. Das Anwaltspatent

Art. 8 Praktikumsbewilligung

Die Bestimmung entspricht weitgehend dem bisherigen Art. 11 der Anwaltsverordnung. Die Rechtspraktikantin oder der Rechtspraktikant muss unter der Aufsicht einer Anwältin oder eines Anwaltes stehen, welche respektive welcher im Anwaltsregister eingetragen ist. Neu wird gesetzlich geregelt, dass die Bewilligung befristet auf drei Jahre erteilt und nur aus wichtigen Gründen für maximal zwei Jahre verlängert werden kann. Die Wichtigkeit muss objektiv begründbar sein (z. B. Krankheit etc.).

Neu werden überdies die Verweigerung und der Entzug geregelt. Die Bewilligung kann verweigert oder entzogen werden, wenn die Anwältin oder der Anwalt unter deren Aufsicht die Rechtspraktikantin oder der Rechtspraktikant tätig ist oder die zuzulassende Person selber in schwerer Weise gegen die Berufsregeln verstossen hat.

Art. 9 Prüfung

Die Grundzüge zur Prüfung werden neu auf Gesetzesstufe geregelt. Alle weiteren Prüfungsbestimmungen sind in einem Reglement festzuhalten, das von der Regierung auf Antrag der Aufsichtskommission gestützt auf Art. 19 erlassen wird. Eine Änderung zum geltenden Recht bedeutet die Mitzählung der ausserkantonalen Prüfungsversuche.

Art. 10 Voraussetzungen

Die Voraussetzungen werden dem Bundesrecht angepasst. In Bezug auf die persönliche Voraussetzung des Besitzes der Niederlassungsbewilligung (lit. a) bedeutet die Bestimmung eine Anpassung an die bundesgerichtliche Rechtsprechung (BGE 119 Ia 40). In lit. b werden die persönlichen und fachlichen Voraussetzungen des BGFA, soweit erfüllbar, als Zulassungsvoraussetzungen genannt. Damit wird auf Art. 7 und 8 des BGFA verwiesen. Die bundesrechtlichen Artikel befassen sich allerdings mit dem Registereintrag. Im Zeitpunkt der Prüfungszulassung sind jedoch gewisse Voraussetzungen, welche für den Registereintrag massgebend sind, für die Examenanwärterin respektive den Examenanwärter noch nicht erfüllbar und somit selbstredend ausgenommen. Dies betrifft den Examensabschluss (Art. 7 Abs. 1 lit. b BGFA) sowie die bundesrechtliche Voraussetzung der Unabhängigkeit (Art. 8 Abs. 1 lit. d BGFA). Mit lit. c soll die praktische Einarbeitung in das bündnerische Rechtssystem gewährleistet und der «Prüfungstourismus» unterbunden werden. Das Praktikum muss unter der Aufsicht einer Anwältin oder eines Anwaltes absolviert werden, wobei deren Registereintrag nicht Voraussetzung ist. Mit der gewählten Formulierung werden alle bis dato im Kanton bekannten Anbieter von Praktikumsstellen (Advokatur, Gerichte, Verwaltung, GKB) sowie mögliche neue erfasst.

Art. 11 Anwaltspatent, Berufsbezeichnung

Die bestandene Anwaltsprüfung führt zur Erteilung des Anwaltspatents. Die Berufsbezeichnungen werden neu in allen Kantonssprachen aufgeführt. Dabei ist – um Missverständnisse zu vermeiden – festzuhalten, dass im Italienischen die weibliche Berufsbezeichnung von avvocato nicht gebräuchlich ist.

4. Kantonales Anwaltsregister

Art. 12 Eintragung

In Abs. 1 lit. b wird die Mindestdeckung von einer Million Franken genannt. Dies insbesondere, da eine Einzelfallprüfung nicht möglich wäre. Eine Abklärung hat überdies ergeben, dass im Normalfall die Deckung zwischen einer und drei Millionen Franken liegt.

Bereits die bundesrechtliche Regelung (Art. 6 Abs. 3 BGFA) sieht vor, dass die Registereintragung in einem amtlichen kantonalen Publikationsorgan vorzunehmen ist. Aufgrund dieser bundesrechtlichen Vorschrift reicht es, die kantonale Publikationsvorschrift in die zu erlassende regierungsrätliche Ausführungsverordnung aufzunehmen.

5. Berufsregeln und Disziplinaraufsicht

Art. 13 Geltung

Das Bundesrecht regelt nur einen Teil der anwaltlichen Tätigkeit, nämlich die Vertretung von Parteien im Rahmen des Anwaltsmonopols vor Gerichtsbehörden (Art. 2 Abs. 1 BGFA). Anwältinnen und Anwälte, die nicht in diesem Bereich tätig sind, beispielsweise nur beratend, unterstehen dem BGFA nicht. Sie unterliegen daher weder den Berufsregeln noch haben sie sich an das Berufsgeheimnis zu halten noch unterstehen sie der Disziplinaraufsicht durch die Aufsichtsbehörde. Insbesondere im Hinblick auf den Publikumsschutz wäre es stossend, wenn eine Person unter dem Titel Rechtsanwältin, Rechtsanwalt, avvocato, advocat oder advocata auftritt, den Berufsregeln, dem Berufsgeheimnis und der Disziplinaraufsicht allerdings nicht unterstünde. Überdies würde sich in jenen Gebieten, die auch nicht eingetragenen Anwältinnen und Anwälten offen stehen, ein Nachteil für die eingetragenen Anwältinnen und Anwälte ergeben, wenn nur auf sie die strengen Bestimmungen des BGFA anwendbar wären. Die staatliche Aufsicht ist deshalb entsprechend auszudehnen. Es sollen für alle Anwältinnen und Anwälte grundsätzlich die gleichen Regelungen gelten, indem in diesem Bereich das Bundesgesetz durch Verweisung als kantonales Recht sinngemäss zur Anwendung gelangt. Dabei versteht es sich von selbst, dass die Berufsregeln und das Berufsgeheimnis für nicht eingetragene Anwältinnen und Anwälte nur im Rahmen ihrer konkreten Situation angewendet werden können. Ausschliesslich beratend tätige Anwältinnen und Anwälte können beispielsweise nicht verpflichtet werden, im Rahmen der unentgeltlichen Rechtspflege Rechtsvertretungen zu übernehmen etc.

Art. 14 Disziplinarverfahren

Für das Disziplinarverfahren gilt das Opportunitätsprinzip in Bagatellfällen.

Art. 15 Unbefugte Berufsausübung und unbefugtes Verwenden des Titels

Die Bussenhöhe für die unbefugte Berufsausübung und das unbefugte Verwenden des Titels entspricht der identischen Bestimmung im Notariatsgesetz (Art. 50, vgl. auch B 2004, S. 688).

6. Honorar

Art. 16 Honorar, Entschädigung

Das kantonale Honorarwesen richtet sich heute nach der Vereinbarung zwischen Anwältinnen und Anwälten und der Klientschaft. Erfolgt keine ausdrückliche Vereinbarung, ist ein übliches Honorar geschuldet, wobei sich dieses nach Zeitaufwand sowie Bedeutung und Schwierigkeit des Mandats richtet. Der Bündnerische Anwaltsverband hat Honoraransätze definiert, welche als Empfehlung dienen. Die Rechnung eines Rechtsvertreters kann gemäss Art. 27 ZPO auf Begehren einer Partei oder ihres Rechtsvertreters vom Einzelrichter oder dem Präsidenten der letzten urteilenden Instanz überprüft und der Anspruch festgesetzt werden. Solche Entscheide können innert zehn Tagen an den Kantonsgerichtspräsidenten weiter gezogen werden. Darüber hinaus überprüft die Anwaltskammer des Bündnerischen Anwaltsverbandes auf Wunsch Honorarrechnungen von Anwältinnen und Anwälten im Sinne eines Gutachtens.

Dieses System hat sich bewährt und es besteht keine Veranlassung, gesetzliche Regelungen zum Honorarwesen oder gar eine staatliche Honorarordnung zu erlassen.

Ebenfalls kein weiterer Rechtsetzungsbedarf ist bei der Entschädigungsfrage im Rahmen von amtlichen Verteidigungen und den unentgeltlichen Rechtsvertretungen zu erkennen. Soweit es sich um amtliche Verteidigungen handelt, hat die Regierung gestützt auf Art. 154 Abs. 2 StPO die Entschädigungsfrage in der Verordnung über Gebühren und Entschädigung der im Strafverfahren mitwirkenden Personen sowie das Rechnungswesen (BR 350.230) in den Grundzügen geregelt (Art. 9 ff.). Bezüglich der unentgeltlichen Rechtsvertretung wird die Entschädigungsfrage in die Zuständigkeit des zuständigen Einzelrichters oder des Präsidenten des angerufenen Gerichtes oder der Rechtsmittelinstanz gelegt (Art. 47 Abs. 4 ZPO).

7. Anwältinnen und Anwälte aus den Mitgliedstaaten der EU und EFTA

Art. 17 Eintragung in das kantonale Anwaltsregister

Keine Bemerkungen.

8. Gebühren

Art. 18 Gebühren

Dieser Artikel enthält die Grundlagen für den Erlass einer Gebührenverordnung durch die Regierung. Die allfällig zu erhebende Kosten in einem

von der Aufsichtsbehörde geführten Verfahren richten sich nach dem Gesetz über das Verfahren in Verwaltungs- und Verfassungssachen.

9. Schlussbestimmungen

Art. 19 Ausführungserlasse

Keine Bemerkungen.

Art. 20 Änderung bisherigen Rechts

Keine Bemerkungen.

Art. 21 Übergangsbestimmungen

Keine Bemerkungen.

Art. 22 Referendum, In-Kraft-Treten

Keine Bemerkungen.

VI. Personelle und finanzielle Auswirkungen

Die Vorlage hat weder personelle noch finanzielle Auswirkungen.

VII. Berücksichtigung der Grundsätze «VFRR»

Die Vorlage entspricht den Grundsätzen der Verwesentlichung und Flexibilisierung der Rechtsetzung und Rechtsanwendung (VFRR) und bringt dies sowohl im Umfang als auch in der Formulierung der Bestimmungen zum Ausdruck.

VIII. Antrag

Gestützt auf diese Botschaft **beantragen** wir Ihnen:

1. auf die Vorlage einzutreten;
2. dem Erlass eines Anwaltsgesetzes gemäss beiliegendem Entwurf zuzustimmen;
3. dem Erlass der Verordnung über die Aufhebung und Änderung grossrätlicher Verordnungen im Zusammenhang mit dem Erlass des Anwaltsgesetzes zuzustimmen.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Landespräsident, sehr geehrte Damen und Herren Grossräte, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Namens der Regierung

Die Präsidentin: *Widmer-Schlumpf*

Der Kanzleidirektor: *Riesen*

Anwaltsgesetz

Vom ...

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden,

gestützt auf Art. 31 der Kantonsverfassung,
nach Einsicht in die Botschaft der Regierung vom ...,

beschliesst:

I. Gegenstand und Geltungsbereich

Art. 1

Dieses Gesetz regelt die Vertretung von Parteien vor den Gerichten und den Strafuntersuchungsbehörden des Kantons Graubünden, den Erwerb des Anwaltspatents, die Aufsicht über die Tätigkeit der Anwältinnen und Anwälte, unabhängig von deren Eintragung im Anwaltsregister, und vollzieht die Bestimmungen des Bundesgesetzes über die Freizügigkeit der Anwältinnen und Anwälte (BGFA) vom 23. Juni 2000.

Gegenstand

Art. 2

Jede handlungsfähige Person kann ihre Rechtsstreitigkeiten vor den Behörden und Gerichten des Kantons Graubünden selbst führen. Abweichende Regelungen in den Verfahrensgesetzen bleiben vorbehalten.

Grundsatz

Art. 3

¹ Wer als Rechtsvertreterin oder Rechtvertreter vor Gericht, vor der Kreispräsidentin als Vermittlerin oder dem Kreispräsidenten als Vermittler oder in Strafuntersuchungsverfahren auftritt, muss im kantonalen Anwaltsregister eingetragen sein oder Freizügigkeit nach dem BGFA geniessen.

Vertretung im
Allgemeinen,
Anwaltsmonopol

² Die Vertretung vor der Einzelrichterin oder dem Einzelrichter in Schuldbetreibungs- und Konkursachen sowie in Steuer- und Sozialversicherungsstreitsachen ist davon ausgenommen.

Art. 4

Auf begründetes Gesuch kann die Gerichtspräsidentin oder der Gerichtspräsident, die Kreispräsidentin als Vermittlerin oder der Kreispräsident als Vermittler oder das zuständige Organ der Strafuntersuchung auch Personen, die nicht im Anwaltsregister eingetragen sind oder keine Freizügig-

Ausnahmen

keit nach dem BGFA geniessen, im Einzelfall zur Vertretung vor Gericht oder in Strafuntersuchungsverfahren ermächtigen.

II. Aufsicht

Art. 5

Aufsichts-
kommission
1. Wahl, Zusam-
mensetzung, Ent-
schädigung

¹ Kantonsgericht und Verwaltungsgericht wählen gemeinsam für eine Amtsdauer von vier Jahren eine Aufsichtskommission von fünf Mitgliedern und drei Stellvertretenden.

² Der Aufsichtskommission gehören in der Regel zwei im Register des Kantons Graubünden eingetragene Anwältinnen oder Anwälte und je ein Mitglied des Kantons- und des Verwaltungsgerichts an.

³ Sämtliche Mitglieder und Stellvertretenden müssen im Besitz des Anwaltspatents sein.

⁴ Die Aufsichtskommission konstituiert sich selbst. Sie kann ein Sekretariat und ein Aktuarat bestellen.

⁵ Die Regierung legt die Arbeitsentschädigungen und Spesenvergütungen der Mitglieder der Aufsichtskommission fest.

Art. 6

2. Aufgaben

¹ Die Aufsichtskommission ist die Aufsichtsbehörde über die Anwältinnen und Anwälte.

² Insbesondere hat sie folgende Aufgaben:

- a) Sie überwacht die Tätigkeit der Anwältinnen und Anwälte und übt das Disziplinarrecht aus;
- b) Sie führt das Anwaltsregister und die öffentliche Liste der Angehörigen von Mitgliedstaaten der EU oder EFTA;
- c) Sie entscheidet über die Zulassung zur Anwaltsprüfung, führt die Anwaltsprüfungen durch und erteilt das Anwaltspatent und die Praktikumsbewilligung;
- d) Sie entscheidet über die Entbindung vom Berufsgeheimnis;
- e) Sie ist mit dem Vollzug des BGFA betraut, soweit dieses Gesetz nicht ausdrücklich eine andere Instanz für zuständig erklärt.

³ Die Aufsichtskommission erstattet dem Grossen Rat jährlich Bericht.

Art. 7

Verfahren,
Rechtsmittel

¹ Soweit dieses Gesetz keine besonderen Bestimmungen enthält, gilt das Gesetz über das Verfahren in Verwaltungs- und Verfassungssachen sinngemäss.

² Entscheide der Aufsichtskommission können mit Rekurs an das Verwaltungsgericht weitergezogen werden. Ausgenommen sind Entscheide über die Bewertung der Anwaltsprüfung.

III. Das Anwaltspatent

Art. 8

¹ Rechtspraktikantinnen und -praktikanten, welche die Voraussetzungen im Sinne von Artikel 10 litera a und b dieses Gesetzes erfüllen und unter Aufsicht einer im Anwaltsregister eingetragenen Anwältin oder eines im Anwaltsregister eingetragenen Anwaltes stehen, kann nach zweimonatiger Praxis eine Bewilligung für das Auftreten vor Gericht, vor der Kreispräsidentin als Vermittlerin oder dem Kreispräsidenten als Vermittler oder in Strafuntersuchungsverfahren erteilt werden. Praktikumsbewilligung

² Die Praktikumsbewilligung wird für drei Jahre erteilt. Sie kann aus wichtigen Gründen für maximal zwei Jahre verlängert werden.

³ Die Bewilligung kann verweigert oder entzogen werden, wenn die Anwältin oder der Anwalt oder die zuzulassende Person in schwerer Weise gegen die Berufsregeln verstossen hat.

Art. 9

¹ Durch die Anwaltsprüfung soll sich die Bewerberin oder der Bewerber über die für den Anwaltsberuf erforderlichen theoretischen und praktischen Kenntnisse ausweisen. Prüfung

² Die Prüfung besteht aus einem schriftlichen und einem mündlichen Teil. Sie ist praxisbezogen auf das eidgenössische und kantonale Recht zu gestalten.

³ Die Anwaltsprüfung kann zweimal wiederholt werden. Prüfungsversuche in anderen Kantonen werden mitgezählt.

Art. 10

Die Aufsichtskommission lässt Personen zur Prüfung zu, welche Voraussetzungen

- a) das schweizerische Bürgerrecht oder die schweizerische Niederlassungsbewilligung besitzen;
- b) die zu diesem Zeitpunkt erfüllbaren fachlichen und persönlichen Voraussetzungen gemäss BGFA nachweisen und
- c) ein mindestens einjähriges Anwaltspraktikum unter Aufsicht einer Anwältin oder eines Anwaltes im Kanton Graubünden absolviert haben.

Art. 11

Die Aufsichtskommission erteilt Personen, die die Anwaltsprüfung bestanden haben, das Anwaltspatent. Diese sind befugt, die Berufsbezeichnung „Rechtsanwältin“/„Rechtsanwalt“, „Avvocato“, oder „Advocata“/„Advocat“ zu verwenden. Anwaltspatent, Berufsbezeichnung

IV. Kantonales Anwaltsregister**Art. 12**

Eintragung

¹ Die Eintragung ins kantonale Anwaltsregister erfolgt, wenn die Anwältin oder der Anwalt

- a) das Vorhandensein der fachlichen und persönlichen Voraussetzungen gemäss BGFA nachweist;
- b) das Bestehen einer Haftpflichtversicherung mit einer Deckung von mindestens einer Million Franken nachweist und
- c) im Kanton Graubünden ein Anwaltsbüro betreibt oder über eine Geschäftsadresse verfügt.

² Die erforderlichen Belege für den Nachweis der persönlichen Voraussetzungen dürfen im Zeitpunkt der Einreichung an die Aufsichtskommission nicht älter als drei Monate sein.

V. Berufsregeln und Disziplinaraufsicht**Art. 13**

Geltung

¹ Für Anwältinnen und Anwälte gelten hinsichtlich der anwaltlichen Tätigkeit unabhängig von ihrer Eintragung im Anwaltsregister die Bestimmungen des BGFA über die Berufsregeln und das Berufsgeheimnis. Sie unterstehen ebenfalls unabhängig von ihrer Eintragung der Aufsicht und der Disziplinargewalt der Aufsichtskommission.

² Eine anwaltliche Tätigkeit übt aus, wer über ein Anwaltspatent verfügt und Personen vor Gericht, anderen Behörden oder Dritten vertritt oder in Rechtsfragen berät und dabei unter der Berufsbezeichnung „Rechtsanwältin“ oder „Rechtsanwalt“, „Avvocato“, „Advocata“ oder „Advocat“ oder einer gleichbedeutenden Bezeichnung auftritt.

Art. 14

Disziplinarverfahren

¹ Die Aufsichtskommission leitet das Disziplinarverfahren von Amtes wegen oder auf Anzeige hin ein. In Bagatellfällen kann sie von der Eröffnung eines Verfahrens absehen.

² Betroffene erhalten vor Erlass des Disziplinarscheides Einsicht in die Akten und Gelegenheit zur Stellungnahme. Sie können Ergänzungen der Erhebungen beantragen.

³ Der Disziplinarscheid wird unter Angabe des Tatbestandes und der Erwägungen schriftlich eröffnet.

Art. 15

Wer ohne Eintrag in einem kantonalen Register berufsmässig Dritte vor Gericht vertritt oder gegenüber der Öffentlichkeit, ohne im Besitz eines Anwaltspatentes zu sein, die Bezeichnung „Rechtsanwältin“ oder „Rechtsanwalt“, „Avvocato“, „Advocata“ oder „Advocat“ gebraucht, wird von der Aufsichtskommission mit Busse bis 5'000 Franken bestraft.

Unbefugte
Berufsausübung
und unbefugtes
Verwenden des
Titels

VI. Honorar**Art. 16**

¹ Das Honorar der Anwältin oder des Anwaltes richtet sich nach der mit der Klientschaft getroffenen Vereinbarung.

Honorar,
Entschädigung

² Bei amtlichen Verteidigungen und unentgeltlichen Rechtsvertretungen setzt die mit der Sache befasste Instanz die Entschädigung der Anwältin oder des Anwaltes fest.

VII. Anwältinnen und Anwälte aus den Mitgliedstaaten der EU und EFTA**Art. 17**

Die Aufsichtskommission bestimmt im Einzelfall den Inhalt der Eignungsprüfung gemäss BGFA und des Gesprächs zur Prüfung der beruflichen Fähigkeiten gemäss BGFA. Die Bestimmungen des Prüfungsreglementes gelten sinngemäss.

Eintragung in das
kantonale
Anwaltsregister

VIII. Gebühren**Art. 18**

¹ Die Regierung setzt die Gebühren für die gestützt auf die Anwaltsgesetzgebung erbrachten Amtshandlungen, Verfügungen und Leistungen insbesondere für die Prüfung, die Ausfertigung des Anwaltspatents, die Eintragung und Löschung im Anwaltsregister und in der Liste der Angehörigen der Mitgliedstaaten der EU und EFTA sowie für einen Praktikumsausweis und für eine Disziplinarbescheinigung fest.

Gebühren

² Sie betragen maximal 5'000 Franken, bemessen sich nach Umfang und Schwierigkeit der Sache und sind von den Leistungsempfängerinnen oder Leistungsempfängern oder den Betroffenen zu tragen. In Verfahren, die einen besonders grossen Aufwand verursachen, erhöht sich der Gebührenrahmen auf 20'000 Franken.

IX. Schlussbestimmungen**Art. 19**Ausführungs-
erlasse

Die Regierung erlässt die notwendigen Ausführungsbestimmungen und auf Antrag der Aufsichtskommission ein Prüfungsreglement.

Art. 20Änderung bis-
herigen Rechts

Die nachfolgenden Erlasse werden wie folgt geändert:

1. Gerichtsverfassungsgesetz**Art. 36 bis 41****Aufgehoben****2. Zivilprozessordnung des Kantons Graubünden****Art. 23****Aufgehoben****3. Gesetz über die Strafrechtspflege****Art. 76a Abs. 3****Aufgehoben****Art. 102 Abs. 2**

Als amtliche Verteidiger können nur **Anwältinnen oder Anwälte, welche im kantonalen Anwaltsregister eingetragen sind oder Freizügigkeit nach dem BGFA geniessen sowie deren Rechtspraktikantinnen und Rechtspraktikanten** bestellt werden. Die freigewählten Verteidiger müssen handlungsfähig sein, in bürgerlichen Ehren und Rechten stehen und einen guten Leumund geniessen.

Art. 129 Abs. 1 Satz 2**Aufgehoben****Art. 167 Abs. 1 Satz 2****Aufgehoben**

4. Gesetz über die Verwaltungsgerichtsbarkeit im Kanton Graubünden

Art. 22

Aufgehoben

5. Gesetz über das Verfahren in Verwaltungs- und Verfassungssachen

Art. 13

Aufgehoben

Art. 21

Auf vor In-Kraft-Treten dieses Gesetzes hängige Verfahren vor der Aufsichtskommission ist neues Recht anzuwenden. Davon ausgenommen sind Disziplinarverfahren, soweit das alte Recht für die Betroffenen günstiger ist.

Übergangsbestimmung

Art. 22

¹ Dieses Gesetz untersteht dem fakultativen Referendum.

Referendum, In-Kraft-Treten

² Die Regierung bestimmt den Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens dieses Gesetzes.

Verordnung über die Aufhebung und Änderung grossträtlicher Verordnungen im Zusammenhang mit dem Erlass des Anwaltsgesetzes

vom ...

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden,

gestützt auf Art. 32 der Kantonsverfassung,
nach Einsicht in die Botschaft der Regierung vom ...,

beschliesst:

Art. 1

Die Verordnung über den Fähigkeitsausweis und die Berufsausübung der Rechtsanwälte vom 1. Dezember 1955 (BR 310.100) wird aufgehoben. Aufhebung

Art. 2

Die nachfolgenden Erlasse werden wie folgt geändert: Änderungen

1. Verordnung über die Organisation, Geschäftsführung und die Gebühren des Verwaltungsgerichts (BR 173.300)

Art. 15

Aufgehoben

2. Vollziehungsverordnung zur Ausländer- und Asylgesetzgebung des Bundes (BR 618.100)

Art. 21 Abs. 2

Aufgehoben

Art. 3

Diese Verordnung tritt zusammen mit dem Anwaltsgesetz in Kraft.

In-Kraft-Treten

Lescha davart las advocatas ed ils advocats

dals ...

Il cussegl grond dal chantun Grischun,

sa basond sin l'art. 31 da la constituziun chantunala,
suenter avair gi invista da la missiva da la regenza dals ...,

concluda:

I. Object e champ d'applicaziun

Art. 1

Questa lescha regla la represchentanza da partidas davant las dretgiras e davant las autoritads d'inquisiziun penala dal chantun Grischun, l'acquist da la patent d'advocata u d'advocat, la surveglianza da l'activitad da las advocatas e dals advocats, independentamain da lur inscripziun en il register da las advocatas e dals advocats, ed exequescha las disposiziuns da la lescha federala davart la libra circulaziun da las advocatas e dals advocats (LLCA) dals 23 da zercladur 2000. Object

Art. 2

Mintga persuna abla d'agir po manar senza sias cuntraversas giuridicas davant las autoritads e davant las dretgiras dal chantun Grischun. Regulaziuns divergentas en las leschas davart la procedura restan resalvadas. Princip

Art. 3

¹ Tgi che sa preschenta sco represchentanta legala u sco represchentant legal davant dretgira, davant la presidenta cirquitala sco mediatura u davant il president cirquital sco mediatuor ubain en proceduras d'inquisiziun penala, sto esser inscriut en il register chantunal da las advocatas e dals advocats u giudair la libra circulaziun tenor la LLCA. Represchentanza en general, monopol d'advocatas e d'advocats

² La represchentanza davant la derschadra singula u davant il derschader singul en chaussas da scussiun e da concurs sco er en dispitas da taglia e d'assicuranzas socialas è excepida da quai.

Art. 4

Sin dumonda motivada ed en il cas singul po la presidenta u il president da la dretgira, la presidenta cirquitala sco mediatura u il president cirquital sco mediatuor ubain l'organ cumpetent da l'inquisiziun penala er autorisar Excepziuns

persunas, las qualas n'èn betg inscrites en il register da las advocatas e dals advocats u che na giudan nagina libra circulaziun tenor la LLCA, a la represchentanza davant dretgira u en proceduras d'inquisiziun penala.

II. Surveglianza

Art. 5

Cumissiu da
surveglianza
1. elecziun,
cumposiziun,
indemnisaziun

¹ La dretgira chantunala e la dretgira administrativa elegian comunabla-main ina cumissiu da surveglianza da tschintg commembras e commem-bers e da trais substitutas e substituets per ina perioda d'uffizi da quatter onns.

² A la cumissiu da surveglianza appartegnan per regla duas advocatas re-spectivamain dus advocats ch'èn inscrits en il register dal chantun Gri-schun e mintgamai ina commembra u in commember da la dretgira chan-tunala e da la dretgira administrativa.

³ Tut las commembras e substitutas e tut ils commembers e substituets ston esser en possess da la patenta d'avvocata u d'avvocat.

⁴ La cumissiu da surveglianza sa constituescha sezza. Ella po eleger in secretariat ed in actuariat.

⁵ La regenza fixescha las indemnisaziuns da lavur e da las spesas da las commembras e dals commembers da la cumissiu da surveglianza.

Art. 6

2. incumbensas

¹ La cumissiu da surveglianza è l'autorità da surveglianza da las advoca-tas e dals advocats.

² En spezial ha ella las suandantas incumbensas:

- a) ella surveglia l'actività da las advocatas e dals advocats ed exeque-scha il dretg disciplinar;
- b) ella maina il register da las advocatas e dals advocats e la glista publi-ca da las appartegentas e dals appartegnents da stadis commembers da la UE u da la AECL;
- c) ella decida davart l'admissiu a l'examen d'avvocatas e d'avvocats, maina tras ils examens d'avvocatas e d'avvocats e conceda la permis-iun da praticum;
- d) ella decida davart la liberaziun dal secret professiunal;
- e) ella è incumbensada cun l'execuziun da la LLCA, uschenavt che questa lescha na declera betg expressivamain in'otra instanza sco competenta.

³ La cumissiu da surveglianza rapporta annualmain al cussegl grond.

Art. 7

¹ Uschenavant che questa lescha na cuntegna naginas disposiziuns spezialas, vala la lescha davart la procedura en fatgs administrativs e constituiziunals conform al senn.

Procedura,
meds legals

² Cunter decisiuns da la cumissiun da surveglianza po vegnir fatg recurs tar la dretgira administrativa. Exceptadas èn decisiuns davart la valitaziun da l'examen d'avvocatas e d'avvocats.

III. La patentà d'avvocata u d'avvocat**Art. 8**

¹ A praticantas giuridicas ed a praticants giuridics che adempleschan las premissas en il senn da l'artitgel 10 litera a e b da questa lescha e che stattan sut la surveglianza d'ina advocata u d'in advocat inscrit en il register da las advocatas e dals advocats po la cumissiun da surveglianza conceder – suenter ina pratica da dus mais – ina permissiun per sa preschentar davant dretgira, davant la presidenta cirquitala sco mediatura u davant il president cirquital sco mediatuor ubain en proceduras d'inquisiziun penala.

Permissiun da
praticum

² La permissiun da praticum vegn concedida per trais onns. Per motivs impurtants po ella vegnir prolungada per maximalmain dus onns.

³ La permissiun po vegnir refusada u retratga, sche l'avvocata u l'avvocat u la persuna che duai vegnir admissa ha violà grevamain las reglas da la professiun.

Art. 9

¹ Tras l'examen d'avvocatas e d'avvocats duai la candidata u il candidat sa cumprovar areguard las enconuschientschas teoreticas e praticas ch'èn necessarias per la professiun d'avvocata u d'avvocat.

Examen

² L'examen consista d'ina part en scrit e d'ina part a bucca. El sto vegnir concepì uschia ch'el sa referescha a la pratica dal dretg federal e chantunal.

³ L'examen d'avvocatas e d'avvocats po vegnir repetì duas giadas. Emprovas d'examen en auters chantuns vegnan er quintadas.

Art. 10

La cumissiun da surveglianza admetta a l'examen persunas che:

Premissas

- possedan il dretg da burgais svizzer u la permissiun da domicil svizra;
- cumprovan las premissas professiunalas e persunalas che pon vegnir ademplidas en quest mument tenor la LLCA; e
- han absolvi in praticum d'avvocata u d'avvocat d'almain in onn sut la surveglianza d'ina advocata u d'in advocat en il chantun Grischun.

Art. 11

Patenta d'advocata u d'advocat, designaziun da la professiun

A persunas che han reussi l'examen d'advocatas e d'advocats dat la cumissiun da surveglianza la patenta d'advocata u d'advocat. Quellas persunas han il dretg d'utilisar la designaziun "advocata" u "advocat", "Rechtsanwältin" u "Rechtsanwalt" ubain "avvocato".

IV. Register chantunal da las advocatas e dals advocats**Art. 12**

Inscripziun

¹ L'inscripziun en il register chantunal da las advocatas e dals advocats succeda, sche l'advocata u l'advocat:

- a) cumprova che las premissas professiunalas e persunalas tenor la LLCA èn avant maun;
- b) cumprova ch'igl exista d'ina assicuranza da responsabladad cun ina garanzia d'almain in milliun francs; e
- c) ha in biro d'advocatura u in'adressa da fatschenta en il chantun Grenchun.

² Ils mussaments necessaris per cumprovar las premissas persunalas na dastgan betg esser pli vegls che trais mais il mument ch'els vegnan inoltrads a la cumissiun da surveglianza.

V. Reglas da la professiun e surveglianza disciplinara**Art. 13**

Applicaziun

¹ Areguard lur activitad d'advocata u d'advocat valan per advocatas e per advocats, independentamain da lur inscripziun en il register da las advocatas e dals advocats, las disposiziuns da la LLCA davart las reglas da la professiun e davart il secret professiunal. Er independentamain da lur inscripziun èn ellas ed els suttamess a la surveglianza ed a la pussanza disciplinara da la cumissiun da surveglianza.

² In'activitad d'advocata u d'advocat vegn exequida da quella persuna che dispona d'ina patenta d'advocata u d'advocat e che represchenta persunas davant dretgira, davant autras autoritads u davant terzas persunas u las cusseglia en dumondas giuridicas e che sa preschenta en quest connex sut la designaziun "advocata" u "advocat", "Rechtsanwältin" u "Rechtsanwalt" ubain "avvocato" ubain sut ina designaziun equivalenta.

Art. 14

Procedura disciplinara

¹ La cumissiun da surveglianza iniziescha la procedura disciplinara d'uffizi u sin denunzia. En cas da bagatella po ella desister d'avrir ina procedura.

² Avant che la decisiun disciplinara vegn communitgada, survegnan las persunas pertutgadas invista da las actas e la pussaivladad da prender posiziun. Ellas pon pretender che las retschertgas vegnian cumplettadas.

³ La decisiun disciplinara vegn communitgada en scrit cun inditgar il causal e las ponderaziuns.

Art. 15

Tgi che represchenta terzas persunas davant dretgira u envers la publicitad senza esser inscrist en in register chantunal u utilisescha la designaziun "advocata" u "advocat", "Rechtsanwältin" u "Rechtsanwalt" ubain "avvocato" senza esser en possess d'ina patentada d'advocata u d'advocat, vegn chastia da la cumissiun da surveglianza cun multa fin 5 000 francs.

Exequir nun-autorisadamain la professiun e purtar nunautorisadamain il titel

VI. Onurari

Art. 16

¹ L'onurari da l'advocata u da l'advocat sa drizza tenor la cunvegna ch'è vegnida fatga cun la clientella.

Onurari, indemnisiun

² En cas da defensiuns uffizialas e da represchentanzas legalas gratuitas vegn l'indemnisiun da l'advocata u da l'advocat fixada da l'istanza che sa fatschenta cun la chaussa.

VII. Advocatas ed advocats da stadis commembers da la UE e da la AECL

Art. 17

La cumissiun da surveglianza fixescha en il cas singul il cuntegn da l'examen da qualificaziun tenor la LLCA e dal discurs per examinar las cumpetenzas professiunalas tenor la LLCA. Las disposiziuns dal reglament d'examen valan confurm al senn.

Inscripziun en il register chantunal da las advocatas e dals advocats

VIII. Taxas

Art. 18

¹ La regenza fixescha las taxas per las funcziuns uffizialas, per las disposiziuns e per las prestaziuns che vegnan fatgas sin basa da la legislaziun davart las advocatas ed ils advocats, en spezial per l'examen, per l'emissiun da la patentada d'advocata u d'advocat, per inscriver u annullar en il register da las advocatas e dals advocats ed en la glista da las appartegnetas e dals appartegnents da stadis commembers da la UE e da la AECL sco er per in attest da praticum e per in attest disciplinar.

Taxas

² Ellas importan maximalmain 5 000 francs, vegnan calculadas tenor la dimensiun e la difficultad da la chaussa e ston vegnir pajadas da las retschavidras u dals retschaviders da la prestaziun u da las persunas pertutgadas. En proceduras che chaschunan custs spezialmain gronds s'augmenta il rom da las taxas a 20 000 francs.

IX. Disposiziuns finalas

Art. 19

Relaschs
executivs

La regenza relascha las disposiziuns executivas necessarias e – sin dumonda da la cumissiun da surveglianza – in reglament d'examen.

Art. 20

Midada dal dretg
vertent

Ils relaschs qua sutvart vegnan midads sco suonda:

1. Lescha constituziunala da las dretgiras

Art. 36 fin 41

abolid

2. Procedura civila dal chantun Grischun

Art. 23

aboli

3. Lescha davart la procedura penala

Art. 76a al. 3

aboli

Art. 102 al. 2

Sco defensurs uffizials pon vegnir nominads mo **advocats ch'èn inscrits en il register chantunal dals advocats u che gjaudan la libra circulaziun tenor la LLCA sco er lur praticants giuridics**. Ils defensurs che vegnan elegids libramain ston esser abels d'agir, star en l'onur ed en il dretg civics ed avair ina buna reputaziun.

Art. 129 al. 1 frasa 2

aboli

Art. 167 al. 1 frasa 2
aboli

4. Lescha davart la giurisdicziun administrativa en il chantun Grischun

Art. 22
aboli

5. Lescha davart la procedura en fatgs administrativs e costituziunals

Art. 13
aboli

Art. 21

Per proceduras davant la cumissiun da surveglianza ch'èn pendentas avant l'entrada en vigur da questa lescha sto vegnir applitgà il dretg nov. Exceptadas da quai èn proceduras disciplinaras, uschenavant ch'il dretg vegl è pli favuraivel per las personas pertutgadas.

Disposiziun
transitoria

Art. 22

¹ Questa lescha è suttamessa al referendum facultativ.

² La regenza fixescha il termin da l'entrada en vigur da questa lescha.

Referendum,
entrada en vigur

Ordinaziun davart l'aboliziun e la midada da relaschs dal cussegl grond en connex cun il relasch da la lescha davart las advocatas ed ils advocats

dals ...

Il cussegl grond dal chantun Grischun,

sa basond sin l'art. 32 da la constituziun chantunala, suenter avair gi' invista da la missiva da la regenza dals ...,

concluda:

Art. 1

L'ordinaziun davart l'attest da qualificaziun e la pratica professiunala dals Aboliziun
advocats dal 1. da december 1955 (BR 310.100) vegn abolida.

Art. 2

Ils relaschs qua sutvast vegnan midads sco suonda:

Midadas

1. Ordinaziun davart l'organisaziun, la gestiun e las taxas da la dretgira administrativa (BR 173.300)

Art. 15

aboli

2. Ordinaziun executiva tar la legislaziun federala davart ils esters ed ils fatgs d'asil (BR 618.100)

Art. 21 al. 2

aboli

Art. 3

Questa ordinaziun entra en vigur ensemen cun lescha davart las advocatas Entrada en vigur
ed ils advocats.

Legge sugli avvocati

del ...

Il Gran Consiglio del Cantone dei Grigioni,

visto l'art. 31 della Costituzione cantonale;

visto il messaggio del Governo del ...,

decide:

I. Oggetto e campo di applicazione

Art. 1

La presente legge disciplina la rappresentanza di parti dinanzi ai tribunali e alle autorità di istruzione penale del Cantone dei Grigioni, l'acquisto della patente di avvocato, la vigilanza sull'attività degli avvocati, indipendentemente dalla loro iscrizione nel registro degli avvocati, ed attua le disposizioni della legge federale del 23 giugno 2000 sulla libera circolazione degli avvocati (LLCA). Oggetto

Art. 2

Chiunque ha l'esercizio dei diritti civili può presentare di persona le proprie controversie dinanzi alle autorità ed ai tribunali del Cantone dei Grigioni. Sono fatte salve regolamentazioni divergenti contenute in leggi procedurali. Principio

Art. 3

¹ Chi compare quale rappresentante legale dinanzi al tribunale, dinanzi al presidente di circolo quale conciliatore o nella procedura di istruzione penale, deve essere iscritto nel registro cantonale degli avvocati o godere della libera circolazione secondo la LLCA. Rappresentanza in generale, monopolio degli avvocati

² Fa eccezione la rappresentanza dinanzi al giudice unico in controversie in materia di esecuzione e di fallimento, nonché in materia fiscale o di assicurazioni sociali.

Art. 4

Su richiesta motivata il presidente del tribunale, il presidente di circolo quale conciliatore o l'organo competente dell'istruzione penale può autorizzare, nel singolo caso, alla rappresentanza dinanzi al tribunale o nella Eccezioni

procedura di istruzione penale anche persone non iscritte nel registro degli avvocati o che non godono della libera circolazione secondo la LLCA.

II. Vigilanza

Art. 5

Commissione di vigilanza
1. Nomina, composizione, indennità

¹ Il Tribunale cantonale e il Tribunale amministrativo nominano di comune accordo una Commissione di vigilanza composta di cinque membri e tre supplenti, per un periodo di carica di quattro anni.

² Fanno di regola parte della Commissione di vigilanza due avvocati iscritti nel registro del Cantone dei Grigioni e un membro ciascuno del Tribunale cantonale e del Tribunale amministrativo.

³ Tutti i membri e i supplenti devono essere in possesso della patente di avvocato.

⁴ La Commissione di vigilanza si costituisce da sé. Può dotarsi di una segreteria e di un attuario.

⁵ Il Governo stabilisce le indennità di lavoro e i rimborsi spese dei membri della Commissione di vigilanza.

Art. 6

2. Compiti

¹ La Commissione di vigilanza è l'autorità di vigilanza sugli avvocati.

² In particolare ha i seguenti compiti:

- a) vigila sull'attività degli avvocati ed esercita il diritto disciplinare;
- b) tiene il registro degli avvocati e l'albo pubblico dei cittadini degli Stati membri dell'UE o dell'AELS;
- c) decide sull'ammissione all'esame di avvocatura, organizza gli esami di avvocatura e rilascia la patente d'avvocato e l'autorizzazione al praticantato;
- d) decide sulla liberazione dal segreto professionale;
- e) è incaricata dell'esecuzione della LLCA, per quanto la presente legge non dichiara espressamente competente un'altra autorità.

³ La Commissione di vigilanza presenta annualmente rapporto all'attenzione del Gran Consiglio.

Art. 7

Procedura, rimedi giuridici

¹ Se la presente legge non prevede disposizioni particolari, si applica per analogia la legge sulla procedura nelle pratiche amministrative e costituzionali.

² Decisioni della Commissione di vigilanza possono essere impugnate mediante ricorso al Tribunale amministrativo. Fanno eccezione le decisioni sulla valutazione dell'esame di avvocatura.

III. La patente di avvocato

Art. 8

¹ Dopo un periodo di pratica di due mesi, ai praticanti che soddisfano le condizioni di cui all'articolo 10 lettere a e b della presente legge e che sono sotto la vigilanza di un avvocato iscritto nel registro degli avvocati può essere rilasciata un'autorizzazione all'esercizio della propria attività in tribunale, dinanzi al presidente di circolo quale conciliatore o nella procedura di istruzione penale.

Autorizzazione al praticantato

² L'autorizzazione al praticantato viene rilasciata per tre anni. Per motivi importanti, essa può venire prolungata al massimo di due anni.

³ L'autorizzazione può essere negata o revocata, se l'avvocato o la persona che deve essere ammessa ha violato in modo grave le regole professionali.

Art. 9

¹ Con l'esame di avvocatura il candidato deve comprovare di disporre delle conoscenze teoriche e pratiche necessarie per la professione di avvocato.

Esame

² L'esame si compone di una parte scritta e di una parte orale. Esso deve basarsi sul diritto federale e cantonale ed essere orientato alla pratica.

³ L'esame di avvocatura può essere ripetuto due volte. Si contano anche esami sostenuti in altri Cantoni.

Art. 10

La Commissione di vigilanza ammette all'esame chi

Condizioni

- a) possiede la cittadinanza svizzera o un permesso di domicilio;
- b) comprova di disporre delle condizioni di formazione e personali secondo la LLCA che può soddisfare a quel momento e
- c) ha concluso un praticantato di almeno un anno nel Cantone dei Grigioni sotto la vigilanza di un avvocato.

Art. 11

La Commissione di vigilanza rilascia la patente di avvocato alle persone che hanno superato l'esame di avvocatura. Queste ultime possono fare uso del titolo professionale di "avvocato", "Rechtsanwältin" o "Rechtsanwalt", "advocata" o "advocat".

Patente di avvocato, denominazione professionale

IV. Registro cantonale degli avvocati

Art. 12

¹ L'avvocato viene iscritto nel registro cantonale degli avvocati se

Iscrizione

- a) comprova di disporre delle condizioni di formazione e personali secondo la LLCA;

- b) comprova di aver stipulato un'assicurazione di responsabilità civile con una copertura di almeno un milione di franchi e
- c) gestisce nel Cantone dei Grigioni uno studio legale o dispone di un indirizzo professionale.

² I documenti necessari attestanti l'adempimento delle condizioni personali non possono risalire a più di tre mesi prima dell'inoltro alla Commissione di vigilanza.

V. Regole professionali e vigilanza disciplinare

Art. 13

Applicazione

¹ Per quanto riguarda l'attività di avvocato, per gli avvocati fanno stato le disposizioni della LLCA sulle regole professionali e sul segreto professionale, indipendentemente dalla loro iscrizione nel registro degli avvocati. Essi sottostanno, sempre indipendentemente dalla loro iscrizione, alla vigilanza e al potere disciplinare della Commissione di vigilanza.

² Esercita un'attività di avvocato chi è in possesso di una patente di avvocato e rappresenta persone dinanzi al tribunale, ad altre autorità o nei confronti di terzi o chi offre consulenza in questioni giuridiche, facendo uso del titolo professionale di "avvocato", "Rechtsanwältin" o "Rechtsanwalt", "advocata" o "advocat" o di un titolo professionale equivalente.

Art. 14

Procedura disciplinare

¹ La Commissione di vigilanza avvia d'ufficio o su denuncia la procedura disciplinare. In casi di poca importanza può prescindere dall'apertura di una procedura.

² Prima dell'emanazione della decisione disciplinare le persone interessate hanno la possibilità di prendere visione degli atti e di prendere posizione. Esse possono richiedere completamenti delle indagini.

³ La decisione disciplinare viene pubblicata per iscritto dietro indicazione della fattispecie e dei considerandi.

Art. 15

Esercizio della professione non autorizzato e uso illecito del titolo

Chi esercita a titolo professionale la rappresentanza in giudizio senza essere iscritto nel registro cantonale o utilizza nei rapporti con il pubblico il titolo di "avvocato", "Rechtsanwältin" o "Rechtsanwalt", "advocata" o "advocat" senza essere in possesso di una patente di avvocato, viene punito dalla Commissione di vigilanza con una multa fino a 5'000 franchi.

VI. Onorario

Art. 16

¹ L'onorario dell'avvocato si basa sull'accordo stipulato con il cliente.

Onorario,
indennità

² In caso di difese d'ufficio e di mandati di gratuito patrocinio l'autorità che si occupa del caso stabilisce l'indennità dell'avvocato.

VII. Avvocati di Stati membri dell'UE e dell'AELS

Art. 17

La Commissione di vigilanza stabilisce, nel singolo caso, il contenuto dell'esame attitudinale secondo la LLCA e del colloquio di verifica delle competenze professionali secondo la LLCA. Si applicano per analogia le disposizioni del regolamento d'esame.

Iscrizione nel
registro cantonale
degli avvocati

VIII. Tasse

Art. 18

¹ Il Governo fissa le tasse per gli atti d'ufficio, le decisioni e le prestazioni fornite in base alla legislazione sugli avvocati, in particolare per l'esame, il rilascio della patente di avvocato, l'iscrizione e la radiazione nel registro degli avvocati e nell'albo dei cittadini di Stati membri dell'UE e dell'AELS, nonché per un certificato di praticantato e per un'attestazione disciplinare.

Tasse

² Esse ammontano al massimo a 5'000 franchi, si commisurano all'entità e alla difficoltà della pratica e sono a carico di chi beneficia della prestazione o di chi è interessato. In procedure che causano spese particolarmente elevate il limite delle tasse sale a 20'000 franchi.

IX. Disposizioni finali

Art. 19

Il Governo emana le necessarie disposizioni esecutive e, su richiesta della Commissione di vigilanza, un regolamento d'esame.

Atti normativi di
esecuzione

Art. 20

Modifica del
diritto previgente

I seguenti atti normativi vengono modificati come segue:

1. Legge statutaria sui tribunali**Art. 36 - 41****Abrogati****2. Codice di procedura civile del Cantone dei Grigioni****Art. 23****Abrogato****3. Legge sulla giustizia penale****Art. 76a cpv. 3****Abrogato****Art. 102 cpv. 2**

Possono essere nominati difensori d'ufficio solo **gli avvocati iscritti nel registro cantonale degli avvocati o che godono della libera circolazione secondo la LLCA, nonché i loro praticanti**. I difensori designati dall'accusato devono avere l'esercizio della capacità civile, dei diritti civili e godere di buona reputazione.

Art. 129 cpv. 1 frase 2**Abrogata****Art. 167 cpv. 1 frase 2****Abrogata****4. Legge sulla giustizia amministrativa nel Cantone dei Grigioni****Art. 22****Abrogato**

5. Legge sulla procedura nelle pratiche amministrative e costituzionali

Art. 13

Abrogato

Art. 21

Alle procedure pendenti dinanzi alla Commissione di vigilanza prima dell'entrata in vigore della presente legge deve essere applicato il nuovo diritto. Fanno eccezione le procedure disciplinari, se il vecchio diritto risulta più favorevole per gli interessati.

Disposizione
transitoria

Art. 22

¹ La presente legge è soggetta a referendum facoltativo.

² Il Governo stabilisce l'entrata in vigore della presente legge.

Referendum,
entrata in vigore

Ordinanza sull'abrogazione e sulla modifica di ordinanze del Gran Consiglio in relazione all'emanazione della legge sugli avvocati

del ...

Il Gran Consiglio del Cantone dei Grigioni,

visto l'art. 32 della Costituzione cantonale;
visto il messaggio del Governo del ...,

decide:

Art. 1

L'ordinanza sull'abilitazione e l'esercizio della professione da parte degli avvocati del 1° dicembre 1955 (BR 310.100) viene abrogata. Abrogazione

Art. 2

I seguenti atti normativi vengono modificati come segue: Modifiche

1. Ordinanza sull'organizzazione, la gestione e le tasse del Tribunale amministrativo (BR 173.300)

Art. 15

Abrogato

2. Ordinanza d'esecuzione della legislazione federale sugli stranieri e sull'asilo (BR 618.100)

Art. 21 cpv. 2

Abrogato

Art. 3

La presente ordinanza entra in vigore insieme alla legge sugli avvocati. Entrata in vigore

Auszug aus dem geltenden Recht

Verordnung über Organisation, Geschäftsführung und Gebühren des Verwaltungsgerichtes (VOG)

Gestützt auf Art. 12 des Verwaltungsgerichtsgesetzes¹⁾

vom Grossen Rat erlassen am 30. November 1966²⁾

III. Rechtsvertretung

Art. 15³⁾

Bei Steuerrekursen und Sozialversicherungsstreitigkeiten ist für die Rechtsvertretung
Rechtsvertretung kein Fähigkeitsausweis für Rechtsanwälte erforderlich.

¹⁾ BR 370.100

²⁾ B vom 10. März 1966, I (B über die Einführung der Verwaltungsgerichtsbarkeit); GRP 1966, 32, 119 (erste Lesung), 330, 405 (zweite Lesung)

³⁾ Fassung gemäss Anpassungsverordnung; siehe FN 3 zu Art. 1

Auszug aus dem geltenden Recht

Zivilprozessordnung des Kantons Graubünden (ZPO)

Vom Volke angenommen am 1. Dezember 1985¹⁾

II. Die Parteien

1. STELLVERTRETUNG

Art. 23

^{1 2)}Jeder Handlungsfähige kann seine Rechtsstreitigkeiten vor dem Kreispräsidenten als Vermittler oder vor Gericht entweder selbst führen oder sich hiezu eines Rechtsvertreters bedienen, der über einen Fähigkeitsausweis für Rechtsanwälte verfügt.

Prozessfähigkeit
und Rechts-
vertretung

² Für die Vertretung im Verfahren vor den Einzelrichtern bedarf es keines Fähigkeitsausweises.

^{3 3)}Auf begründetes Gesuch kann der Gerichtspräsident auch Personen, die zwar nicht im Besitze des Fähigkeitsausweises für Rechtsanwälte sind, im Einzelfall zur Vertretung vor dem Kreispräsidenten als Vermittler und vor den Gerichtsbehörden zulassen.

⁴ Wer als Rechtsvertreter auftritt, muss handlungsfähig sein, in bürgerlichen Ehren und Rechten stehen und einen guten Leumund geniessen.

¹⁾ B vom 26. November 1984, 639; GRP 1984/85, 858 (1. Lesung), 73 (2. Lesung)

²⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 12. März 2000; siehe FN zu Art. 1a

³⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 12. März 2000; siehe FN zu Art. 1a

Gerichtsverfassungsgesetz (GVG)

Vom Volke angenommen am 24. September 1978 ¹⁾

VII. Die Aufsicht über die Rechtsanwälte

Art. 36

¹ Wer sich berufsmässig als Rechtsvertreter vor Gericht betätigt, bedarf eines Fähigkeitsausweises für Rechtsanwälte. Fähigkeitsausweis

² Nur Inhaber des Fähigkeitsausweises dürfen den Titel Rechtsanwalt, Fürsprecher oder Advokat führen.

³ Der Fähigkeitsausweis wird durch die Aufsichtskommission auf Grund einer Prüfung oder nach Vorlegung des Anwaltspatentes eines anderen Kantons erteilt.

Art. 37

¹ Das Kantonsgericht und das Verwaltungsgericht wählen gemeinsam eine Aufsichtskommission von fünf Mitgliedern und drei Stellvertretern auf eine Amtsdauer von vier Jahren. Aufsichtskommission

² Der Aufsichtskommission müssen mindestens ein praktizierender Rechtsanwalt und in der Regel wenigstens je ein Mitglied des Kantons- und des Verwaltungsgerichtes angehören.

³ Sämtliche Mitglieder und Stellvertreter müssen Inhaber des Fähigkeitsausweises für Rechtsanwälte sein.

⁴ Die Aufsichtskommission konstituiert sich selbst und wählt ihren Aktuar.

Art. 38

Die Rechtsanwälte sind gehalten, ihre Berufstätigkeit gewissenhaft auszuüben und sich durch ihr gesamtes Verhalten der Achtung würdig zu erweisen, die der Anwaltsberuf erfordert. Standespflichten

Art. 39

Verstösse gegen die Standespflichten werden von der Aufsichtskommission von Amtes wegen oder auf Anzeige hin durch folgende Disziplinar-massnahmen geahndet: Disziplinar-massnahmen

¹⁾ B vom 29. Juni 1976, 99; GRP 1976/77, 215, 241, 257, 269, 322, 327, 428 (Ergebnis 1. Lesung S. 467); zweite Lesung: B vom 21. November 1977, 206; GRP 1977/78, 535

- a) Verweis,
- b) Busse bis zu 10 000 Franken,
- c) Entzug des Fähigkeitsausweises für bestimmte Zeit,
- d) dauernder Entzug des Fähigkeitsausweises.

Art. 40

Unbefugte Führung des Titels

Wer unbefugterweise den Titel Rechtsanwalt, Fürsprecher oder Advokat führt, wird von der Aufsichtskommission mit Busse bestraft.

Art. 41

Ausführungsbestimmung

Im übrigen regelt der Grosse Rat die Erteilung des Fähigkeitsausweises und die Aufsicht über die Rechtsanwälte durch Verordnung.¹⁾

¹⁾ Siehe GrV BR 310.100

Gesetz über die Strafrechtspflege (StPO)

Vom Volke angenommen am 8. Juni 1958¹⁾

II. Das Strafverfahren

2. DAS ORDENTLICHE VERFAHREN

A. *Das Untersuchungsverfahren*

b) Allgemeine Grundsätze für die Untersuchung

Art. 76a²⁾

¹⁾ Der Angeschuldigte kann in jedem Stadium des Verfahrens einen privaten Verteidiger beiziehen. Verteidigung

²⁾ Auf Begehren des Angeschuldigten bestellt ihm der Untersuchungsrichter unter Berücksichtigung seiner berechtigten Wünsche einen amtlichen Verteidiger, wenn

- a) die amtliche Verteidigung im Gerichtsverfahren zwingend vorgeschrieben ist,
- b) der Angeschuldigte mehr als 30 Tage in Untersuchungshaft gehalten wird oder
- c) die tatsächliche oder rechtliche Schwierigkeit der Strafsache es rechtfertigt.

³⁾ Im Untersuchungsverfahren werden als Verteidiger nur Inhaber des bündnerischen Fähigkeitsausweises für Rechtsanwälte oder von der Auf-

¹⁾ B vom 25. April 1956, 237; GRP 1956, 435 und 438, 1957, 52, 64, 68, 89 und 92 (erste Lesung), 1957, 342, 350 und 403 (zweite Lesung); Art. 230 Abs. 2 aufgehoben durch Art. 7 des Gesetzes vom 5. März 1961 über das Salzregal (Wortlaut des aufgehobenen Abs. 2 siehe AGS 1958, 141); Art. 65 Abs. 4 geändert durch Volksbeschluss vom 24. April 1966 (B vom 30. August 1965, 310; GRP 1965, 334; ursprüngliche Fassung des geänderten Abs. 4 siehe AGS 1958, 102); Art. 67 Abs. 2 und 180 Abs. 1-3 geändert durch Art. 83 Ziff. 4 des Verwaltungsverfahrensgesetzes (ursprünglicher Wortlaut der geänderten Artikel siehe AGS 1958, 103 bzw. 132); verschiedene Artikel gemäss FN revidiert durch Volksbeschluss vom 7. April 1974 (B vom 29. März 1973, 1, GRP 1973/74, 53, 59, 67 und 99 (erste Lesung), 280 (zweite Lesung))

²⁾ Eingefügt durch Volksbeschluss vom 7. April 1974, siehe FN zum Ingress

³⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 12. März 2000, siehe FN zu Art. 7a

sichtskommission über die Rechtsanwälte zum Auftreten vor Gericht ermächtigte Rechtsvertreter und Rechtspraktikanten zugelassen. Diese sind gehalten, eine amtliche Verteidigung zu übernehmen; sie können im Einzelfall aus wichtigen Gründen von dieser Pflicht entbunden werden. In begründeten Fällen kann der Untersuchungsrichter mit Einverständnis des Angeeschuldigten auch einem Angehörigen die Ausübung von Verteidigungsrechten gestatten.

B. *Das Gerichtsverfahren*

a) Vorbereitung der Hauptverhandlung

Art. 102

Verteidigung

¹ Zieht der Angeklagte nicht einen privaten Verteidiger auf eigene Kosten bei, so bestellt ihm der Präsident unter Berücksichtigung berechtigter Wünsche einen amtlichen Verteidiger,

- a) wenn die Anklage vor Gericht mündlich vertreten wird,
- b) wenn die Anklage eine Freiheitsstrafe von mehr als achtzehn Monaten oder eine Massnahme im Sinne der Artikel 42–44 oder 100bis StGB beantragt oder
- c) wenn die tatsächliche oder rechtliche Schwierigkeit des Falles es rechtfertigt.

² ¹⁾Als amtliche Verteidiger können nur Inhaber des kantonalen Fähigkeitsausweises für Rechtsanwälte oder von der Aufsichtskommission über die Rechtsanwälte hiezum ermächtigte Rechtsvertreter und Rechtspraktikanten bestellt werden. Die freigewählten Verteidiger müssen handlungsfähig sein, in bürgerlichen Ehren und Rechten stehen und einen guten Leumund geniessen.

³ Der amtlich bestellte Verteidiger kann das ihm übertragene Mandat aus wichtigen Gründen ablehnen.

C. *Adhäsionsklage*

Art. 129

Stellung des Geschädigten im Untersuchungsverfahren

¹ Dem durch eine strafbare Handlung Geschädigten wird nach Schluss der Untersuchung Gelegenheit gegeben, in die Akten Einsicht zu nehmen und innert zehn Tagen Beweisanträge zu stellen. Er kann einen Rechtsvertreter bestellen, der die entsprechenden Anforderungen der Zivilprozessordnung

¹⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 12. März 2000, siehe FN zu Art. 7a

erfüllen muss.¹⁾ Für die Beschaffung des beantragten Beweismaterials hat der Geschädigte auf Verlangen Kostenvorschüsse zu leisten.²⁾

²⁾ Hält der Untersuchungsrichter die Anträge als zu weitgehend und mit den Zwecken der Strafuntersuchung nicht vereinbar, sind sie insbesondere nach seiner Auffassung für den normalen Gang der Untersuchung hindernd oder verzögernd, so ist er berechtigt, die Anträge abzulehnen. Eine entsprechende Verfügung ist dem Geschädigten schriftlich mitzuteilen.

³⁾ Vom Angeschuldigten gegen zugelassene Anträge namhaft gemachte Entlastungsbeweise werden in gleicher Weise behandelt. Eine Vertröstung ist vom Angeschuldigten nicht zu leisten.

3. BESONDERE VERFAHREN

A. *Das Verfahren bei Vergehen gegen die Ehre und unlauterem Wettbewerb*³⁾

Art. 167

¹⁾ Es wird weder ein Anklagevertreter noch ein amtlicher Verteidiger bestellt. Dagegen haben die Parteien das Recht, auf eigene Kosten einen Rechtsvertreter beizuziehen, der die entsprechenden Anforderungen der Zivilprozessordnung erfüllen muss.⁵⁾

Besondere
Verfahrens-
vorschriften

²⁾ Eine anhängige Klage kann bis zum Urteil jederzeit zurückgezogen werden. In diesem Falle ist der Kläger verpflichtet, die allfällig ergangenen gerichtlichen und aussergerichtlichen Kosten vollständig zu vergüten. Den Betrag der letztern bestimmt im Streitfalle jener Richter, bei dem das Verfahren zuletzt hängig war.

³⁾ Zieht der Angeschuldigte seine Behauptung erst nach Einreichung der Strafklage als unwahr oder ungerechtfertigt zurück, können ihm die Kosten ganz oder teilweise auferlegt werden.

⁴⁾ Der jeweils zuständige Richter kann von den Parteien in jedem Stadium des Verfahrens angemessene Kostenvorschüsse verlangen und dafür Frist ansetzen mit der Anordnung, dass bei deren unbenützttem Ablauf die Klage oder die Anträge des Angeschuldigten abgeschrieben werden. Für

¹⁾ Art. 39 und 295 ZPO, BR 320.000

²⁾ Vgl. dazu Art. 9 RV über die Organisation und Geschäftsführung der Staatsanwaltschaft, BR 350.050

³⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 12. März 2000, siehe FN zu Art. 7a

⁴⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 7. April 1974, siehe FN zum Ingress

⁵⁾ Art. 39 und 295 ZPO, BR 320.000

⁶⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 12. März 2000, siehe FN zu Art. 7a

⁷⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 7. April 1974, siehe FN zum Ingress

⁸⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 12. März 2000, siehe FN zu Art. 7a

Unbemittelte finden die Bestimmungen der Zivilprozessordnung¹⁾ über die unentgeltliche Rechtspflege Anwendung.²⁾

⁵ 3) Der unterliegenden Partei werden die Kosten des Verfahrens und eine Prozessentschädigung an die Gegenpartei auferlegt. Von dieser Regel darf nur abgewichen werden, wenn besondere Verhältnisse dies rechtfertigen.

1) SR 320.000

2) Art. 42 ff. ZPO, BR 320.000

3) Fassung gemäss Volksbeschluss vom 7. April 1974, siehe FN zum Ingress

Gesetz über die Verwaltungsgerichtsbarkeit im Kanton Graubünden (Verwaltungsgerichtsgesetz VGG)

Vom Volke angenommen am 9. April 1967¹⁾

IV. Allgemeine Verfahrensvorschriften

Art. 22

¹⁾ Die Bestimmungen der Zivilprozessordnung über die Stellvertretung Stellvertretung gelten sinngemäss.²⁾

²⁾ Der Grosse Rat kann für einzelne Arten von Streitigkeiten, insbesondere aus dem Steuer- und Sozialversicherungsrecht, Ausnahmen vom Obligatorium der Rechtsvertretung durch Anwälte mit Fähigkeitsausweisen gestatten.

¹⁾ B vom 10. März 1966, 1; GRP 1966, 32, 81, 89, 99 (erste Lesung), 325, 405 (zweite Lesung)

²⁾ Siehe Art. 39 ff., BR 320.000

Gesetz über das Verfahren in Verwaltungs- und Verfassungssachen (VVG)

Vom Volke angenommen am 3. Oktober 1982¹⁾

II. Das Verfahren in Verwaltungssachen

1. ALLGEMEINE GRUNDSÄTZE

Art. 13

¹ Die Beteiligten können sich, soweit nicht persönliches Erscheinen notwendig ist, durch eine handlungsfähige Person vertreten lassen. Vertretung

² Der Vertreter hat sich auf Verlangen durch schriftliche Vollmacht über seine Vertretungsbefugnis auszuweisen.

¹⁾ B vom 15. Februar 1982, 85; GRP 1982/83, 83

Auszug aus dem geltenden Recht

Vollziehungsverordnung zur Ausländer- und Asylgesetzgebung des Bundes (GVVzAAG)

Vom Grossen Rat erlassen am 9. Oktober 1996¹⁾

IV. Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht²⁾

Art. 21

^{1 3)} Der mittellosen inhaftierten Person muss von der richterlichen Behörde bei der Haftüberprüfung ein amtlicher Rechtsbeistand beigeordnet werden, wenn:

1. die inhaftierte Person voraussichtlich länger als 45 Tage in Vorbereitungs- oder Ausschaffungshaft gehalten wird;
2. tatsächliche oder rechtliche Schwierigkeiten es erfordern.

² Als amtlicher Rechtsbeistand kann nur ein Inhaber des kantonalen Fähigkeitsausweises für Rechtsanwälte bestellt werden.

³ Der freigewählte Rechtsbeistand muss handlungsfähig sein und einen guten Leumund geniessen.

¹⁾ B vom 4. Juni 1996, 329; GRP 1996/97, 375

²⁾ Fassung gemäss GRB vom 27. November 2002

³⁾ Fassung gemäss GRB vom 5. Oktober 1999; siehe FN zu Art. 4

Geltendes Recht

Verordnung über den Fähigkeitsausweis und die Berufsausübung der Rechtsanwältinnen

Gestützt auf Art. 39 der Zivilprozessordnung¹⁾

vom Grossen Rat erlassen am 1. Dezember 1955²⁾

I. Allgemeine Bestimmungen³⁾

Art. 1-2⁴⁾

II. Prüfung

Art. 3⁵⁾

¹⁾ Zur Prüfung werden nur Personen zugelassen, die

1. das Schweizer Bürgerrecht besitzen, in bürgerlichen Ehren und Rechten stehen, handlungsfähig sind und einen guten Ruf geniessen;
2. im Besitz des Maturitätsausweises A oder B sind;
3. sich über mindestens dreijährige juristische Universitätsstudien ausweisen können;
4. Im Kanton mindestens ein einjähriges Praktikum bei einem Rechtsanwalt mit Fähigkeitsausweis oder bei einer Gerichts- oder Verwaltungsbehörde absolviert haben, bei welcher eine genügende juristische Ausbildung gewährleistet ist.

Voraussetzung für
die Zulassung

²⁾ Im Zweifelsfall entscheidet die Aufsichtskommission auf Anfrage des Praktikanten vor Antritt des Praktikums, ob die von ihm vorgesehene Stelle die verlangte Ausbildung gewährleistet.

¹⁾ Nunmehr Art. 41 Gerichtsverfassungsgesetz; BR 310.000

²⁾ B vom 22. August 1955, 71; GRP 1955, 304, 388

³⁾ Aufhebung gemäss GRB vom 23. Februar 1978; B vom 29. Juni 1976, 99, 138, GRP 1976/77, 430, 579

⁴⁾ Aufhebung gemäss GRB vom 23. Februar 1978; B vom 29. Juni 1976, 99, 138, GRP 1976/77, 430, 579

⁵⁾ Fassung gemäss GRB vom 23. Februar 1978; B vom 29. Juni 1976, 99, 138, GRP 1976/77, 430, 579

³ In begründeten Fällen kann die Aufsichtskommission Ausnahmen gestatten.

Art. 4¹⁾

Anmeldung

Gesuche um Zulassung zur Anwaltsprüfung sind mit den gemäss Artikel 3 nötigen Ausweisen bei der Aufsichtskommission einzureichen, welche darüber entscheidet, ob der Gesuchsteller zur Prüfung zugelassen werden kann.

Art. 5

Ansetzung der Prüfung

Die Prüfungen finden in der Regel zweimal im Jahr statt.

Art. 6

Prüfungsstoff

¹ Die Prüfung zerfällt in drei Teile:

1. die schriftliche Prüfung;
2. die mündliche Prüfung über eidgenössisches Recht: Allgemeine Rechtslehre, öffentliches Recht des Bundes, Organisation der Bundesrechtspflege, Schweizerisches Zivilrecht, Schweizerisches Strafgesetzbuch, Schuldbetreibungs- und Konkursrecht;
3. die mündliche Prüfung über kantonales Recht: Einführungsgesetz zum Zivilgesetzbuch, Ausführungsverordnung zum Schweizerischen Obligationenrecht, Einführungsgesetz zum Strafgesetzbuch²⁾, Ausführungsbestimmungen zum Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs, Zivilprozessordnung, Verordnung über die Organisation und das Verfahren des kantonalen Versicherungsgerichtes, kantonales Staats- und Verwaltungsrecht.

² ³⁾Die schriftliche Prüfung findet unter Aufsicht statt und dauert zehn Stunden. Die mündlichen Prüfungen für Kandidaten mit Examensausweis einer schweizerischen Universität im Sinne von Artikel 7 Absatz 2 dauern je 1¹/₂ Stunden. Für die übrigen Kandidaten dauern die mündlichen Prüfungen je 2 Stunden.

³ Die Regierung kann noch weitere Prüfungsfächer einführen und die Dauer der Prüfung entsprechend verlängern.

Art. 7⁴⁾

Prüfungsgang

¹ Auf Grund der schriftlichen Prüfung entscheidet die Aufsichtskommission über die Zulassung zur mündlichen Prüfung. Die Zulassung kann nur

¹⁾ Fassung gemäss GRB vom 23. Februar 1978; siehe FN zu Art. 3

²⁾ Ersetzt durch StPO, BR 350.000

³⁾ Fassung gemäss GRB vom 19. November 1964; B vom 12. Oktober 1964, 410; GRP 1964, 433

⁴⁾ Fassung gemäss GRB vom 23. Februar 1978; siehe FN zu Art. 3

verweigert werden, wenn die Ablegung der mündlichen Prüfung offenbar aussichtslos ist.

² Inhabern des Examensausweises einer schweizerischen Universität (juristisches Lizentiat oder Doktorat) wird die mündliche Prüfung über das eidgenössische Recht erlassen.

Art. 8¹⁾

Die Aufsichtskommission entscheidet darüber, ob die Prüfung bestanden ist. Besteht ein Kandidat zum dritten Male die Prüfung nicht, so kann er nicht mehr zu einer weiteren Prüfung zugelassen werden.

Ergebnis der Prüfung

Art. 9²⁾

Inhaber eines ausserkantonalen Anwaltspatentes oder Fähigkeitsausweises erhalten auf Gesuch hin von der Aufsichtskommission den bündnerischen Fähigkeitsausweis ohne Prüfung, sofern sie die Voraussetzungen von Artikel 3 Ziffer 1 erfüllen.³⁾

Erteilung des Fähigkeitsausweises ohne Prüfung

Art. 10⁴⁾

¹ Die Aufsichtskommission stellt den Fähigkeitsausweis in Form eines Diploms und einer Ausweiskarte aus. Die Erteilung des Fähigkeitsausweises wird im Kantonsamtsblatt veröffentlicht.

Erteilung des Fähigkeitsausweises, Verzeichnis der Rechtsanwälte

² Die Aufsichtskommission führt ein Verzeichnis der Rechtsanwälte mit Fähigkeitsausweis. Das Verzeichnis ist jeweils in den Staatskalender aufzunehmen. Mutationen sind den Gerichten laufend mitzuteilen.

Art. 11⁵⁾

Rechtspraktikanten, welche die Voraussetzungen des Artikels 3 Ziffer 1 bis 3 erfüllen, kann von der Aufsichtskommission nach zweimonatiger Praxis eine Bewilligung für das Auftreten vor Gericht als Substitut erteilt werden. Gesuche um eine solche Bewilligung sind vom verantwortlichen Rechtsanwalt einzureichen.

Rechtspraktikanten

¹⁾ Fassung gemäss GRB vom 23. Februar 1978; siehe FN zu Art. 3

²⁾ Fassung gemäss GRB vom 23. Februar 1978; siehe FN zu Art. 3

³⁾ Vgl. dazu Art. 5 der Übergangsbestimmungen zur BV, SR 101

⁴⁾ Fassung gemäss GRB vom 23. Februar 1978; siehe FN zu Art. 3

⁵⁾ Fassung gemäss GRB vom 23. Februar 1978; siehe FN zu Art. 3

III. Aufsicht und Disziplinarbestimmungen

Art. 12¹⁾

Aufsicht

¹ Die Aufsichtscommission überwacht die Tätigkeit der Rechtsanwälte und übt das Disziplinarrecht aus. Die verfahrens- und sitzungspolizeilichen Befugnisse der Gerichtsbehörden bleiben vorbehalten.

² Die Entscheidung von Honorarstreitigkeiten obliegt, soweit nicht besondere Moderationsverfahren vorgesehen sind, dem ordentlichen Zivilrichter.

Art. 14

Disziplinarverfahren

¹ Vor Erlass des Disziplinarscheides ist dem Betroffenen Einsicht in die Akten und Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben; er kann Ergänzung der Erhebungen beantragen und ist berechtigt, einen Vertreter beizuziehen.

² Der Disziplinarscheid wird unter Angabe des Tatbestandes und der Erwägungen schriftlich eröffnet.

³Art. 15

Entzug des Fähigkeitsausweises

Der Entzug des Fähigkeitsausweises soll nur bei schwerer oder dauernder Verletzung der Berufspflichten sowie bei Verlust der Handlungsfähigkeit oder des guten Rufes erfolgen. Der Entzug für bestimmte Zeit wird den Gerichten mitgeteilt. Der dauernde Entzug ist im Kantonsamtsblatt zu veröffentlichen.

⁴Art. 16

Register der Disziplinar-massnahmen

¹ Die Aufsichtscommission führt ein Register über die Disziplinar-massnahmen.

² Die Gerichtsbehörden melden der Aufsichtscommission die auf Grund verfahrens- oder sitzungspolizeilicher Befugnisse ausgesprochenen Disziplinar-massnahmen.

Art. 17⁵⁾

Rechtsmittel

Entscheide der Aufsichtscommission können mit Rekurs an das Verwaltungsgericht weitergezogen werden, wenn nach Artikel 6 Ziffer 1

¹⁾ Aufhebung gemäss GRB vom 23. Februar 1978; siehe FN zu Art. 3

²⁾ Fassung gemäss GRB vom 23. Februar 1978; siehe FN zu Art. 3

³⁾ Fassung gemäss GRB vom 23. Februar 1978; siehe FN zu Art. 3

⁴⁾ Fassung gemäss GRB vom 23. Februar 1978; siehe FN zu Art. 3

⁵⁾ Fassung gemäss GRB vom 29. Mai 1998; B vom 31. März, 45; GRP 1998/99, 156

EMRK¹⁾ eine letztinstanzliche Beurteilung durch ein kantonales Gericht erforderlich ist.

IV. Entschädigungen und Gebühren

Art. 18²⁾

Die Mitglieder der Aufsichtskommission beziehen die gleichen Arbeitsentschädigungen und Spesenvergütungen wie die nebenamtlichen Richter des Kantons- und des Verwaltungsgerichtes.

Entschädigung
der Aufsichts-
kommission

Art. 19³⁾

¹ Die Regierung setzt die Gebühren fest:⁴⁾

Gebühren

für die Prüfungen,
für die Erteilung des Fähigkeitsausweises ohne Prüfung,
für die Ausfertigung des Fähigkeitsausweises,
für die Veröffentlichung der Erteilung oder des Entzuges des Fähigkeitsausweises,
für einen Praktikantenausweis und
für eine Disziplinarbescheinigung.

² Die Prüfungsgebühr ist bei der Anmeldung der Standesbuchhaltung einzuzahlen.

Art. 20⁵⁾

V. Übergangsbestimmung und Inkrafttreten

Art. 21⁶⁾

¹ Wer vor dem 1. Januar 1955 den Beruf als Rechtsanwalt ausübte, ohne im Besitze des Fähigkeitsausweises zu sein, und die Voraussetzungen von Artikel 3 Ziffern 1 bis 3 erfüllt, erhält vom Justiz- und Polizeidepartement⁷⁾ auf Gesuch hin eine Bewilligung, wonach er befugt ist, als Rechtsvertreter vor den Gerichtsbehörden im Kanton Graubünden aufzutreten.

Übergangs-
bestimmungen

¹⁾ SR 0.101

²⁾ Fassung gemäss GRB vom 23. Februar 1978; siehe FN zu Art. 3

³⁾ Fassung gemäss GRB vom 19. November 1964; B vom 12. Oktober 1964, 410; GRP 1964, 443

⁴⁾ Siehe Verordnung über die Anwaltsgebühren, BR 310.200

⁵⁾ Aufgehoben durch GRB vom 19. November 1964; bezüglich Materialien siehe FN zu Art. 19

⁶⁾ Fassung gemäss GRB vom 29. Mai 1998; siehe FN zu Art. 17

⁷⁾ Ab 1. Januar 1979 von der Aufsichtskommission

² Die Bestimmungen dieser Verordnung finden auch auf Verfahren Anwendung, die im Zeitpunkt ihres Inkrafttretens rechtshängig sind.

³ Entscheide der Aufsichtskommission, die noch nicht rechtskräftig sind, können innert 20 Tagen seit Inkrafttreten dieser Teilrevision beim Verwaltungsgericht angefochten werden.

Art. 22

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1956 in Kraft. ¹⁾ Die Verordnung der Regierung vom 17. Dezember 1932 über Erwerbung eines Befähigungsausweises für Rechtsanwälte ²⁾ wird auf diesen Zeitpunkt aufgehoben.

¹⁾ Die Revision vom 23. Februar 1978 (gemäss Fussnoten zu den geänderten Artikeln) ist mit RB vom 23. Oktober 1978 auf den 1. Januar 1979 in Kraft gesetzt worden

²⁾ AGS IX, 86

